

Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst

EINE ZUKUNFT FÜR BREMEN oder

Ein attraktives und lebenswertes Bremen durch einen aktiven und kompetenten Öffentlichen Dienst

- Wo die Sicherung des Sozialstaats und die Durchsetzung von Chancengleichheit anfassbar und real erlebbar wird, dort ist öffentlicher Dienst. Von der Kindertagesstätte bis zur Schule, von der Universität über das Sozialwesen bis zur Gesundheitsversorgung, vom Gerichtswesen, dem Strafvollzug oder dem Bürgerservice über die Breitenkultur bis zum Hafen, von der Stadtbibliothek bis zur Sicherheit, auch auf den Straßen. Nicht zu vergessen die Feuerwehr. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind die Fachleute, wenn es um die Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft geht, der Öffentliche Dienst ermöglicht Angebote, Hilfe, Beratung und Fürsorge für alle, unabhängig vom Geldbeutel. Diese Frauen und Männer sorgen mit Kompetenz, Transparenz und Offenheit für Dienstleistungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sind: Statt Staat ohne Seele professioneller Service mit Engagement.
- Tag für Tag arbeiten 27.000 Frauen und Männer im Öffentlichen Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen an den Voraussetzungen, damit Gemeinschaft, Chancengleichheit und Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben funktionieren kann. Das Ziel ist klar: Ein attraktives und lebenswertes Bremen durch einen personell und materiell in erforderlichem Umfang ausgestatteten Öffentlichen Dienst.
- Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind mehr als nur Dienstleistung. Für Bremen sind sie ein schwergewichtiger Wirtschaftsfaktor und sichern mit ihrer Kaufkraft Arbeitsplätze und Investitionen in der heimischen Wirtschaft. Der Öffentliche Dienst ist Voraussetzung dafür, dass der Arbeitsmarkt insgesamt funktioniert. Aber der öffentliche Dienst ist mit 27.000 Beschäftigten auch selbst wesentlicher Bestandteil des Arbeitsmarktes im Lande Bremen.

„GUTE ARBEIT“ FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER oder Rahmenbedingungen für Qualität sichern

- „Gute Arbeit“ bedeutet Arbeit, bei der die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger stimmt. „Gute Arbeit“ bedeutet aber auch, dass die Arbeitsbedingungen stimmen müssen. Zu sorgen ist für den Erhalt und den Ausbau der fachlichen, technischen und sozialen Kompetenz der Beschäftigten. „Gute Arbeit“ heißt auch bessere Standards zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Durch Arbeit, die krank macht, können keine Dienstleistungen mit Qualität entstehen
- Gute Arbeit bedeutet Arbeit, von der die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes leben können. „Gute Arbeit“ und tarifgerechte Bezahlung gehören ebenso zusammen wie die Gleichbehandlung aller Beschäftigtengruppen. Wer Einkommensleistungen streicht, Stellen abbaut und Arbeit verdichtet,

gefährdet die Qualität und Vielfalt der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. „Gute Arbeit“ soll auch schützen vor Lohndumping und prekären Beschäftigungsverhältnissen, die es immer mehr auch im Öffentlichen Dienst gibt.

- Es reicht nicht aus, Gesetze zu verabschieden. Die Politik ist auch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass diese Gesetze mit einer angemessenen Personalausstattung umgesetzt werden können. „Gute Arbeit“ geht nur angstfrei, die Sicherheit der Arbeitsplätze ist dafür wichtige Bedingung. Nur so kann Verantwortung für den Öffentlichen Dienst und damit für die Bürgerinnen und Bürger aussehen. Statt Kürzungen und Personalabbau bedeutet „Gute Arbeit“ Anerkennung und Wertschätzung.

MITBESTIMMUNG IST DAS A UND O oder

Wer die Bürgerinnen und Bürger und ihre demokratischen Rechte ernst nimmt, muss auch die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ernst nehmen

- Mitbestimmung ist der Garant für die richtigen Weichenstellungen in die Zukunft. Deshalb haben die Bremerinnen und Bremer die Mitbestimmung in einem Volksentscheid in der Landesverfassung verankert. Mitbestimmung strahlt aus in die unterschiedlichsten Richtungen - von der Sicherheit der Arbeitsplätze bis zur Qualität der Angebote: Auf die einzelnen Beschäftigten, auf ihre Interessenvertretungen und auf die Bürgerinnen und Bürger. Es geht bei Mitbestimmung nicht um etwas abgehobenes, vielmehr zielgenau um innerbetriebliche und gesellschaftliche Demokratie.
- Der Öffentliche Dienst in Bremen ist geprägt von gewaltigen Umbrüchen und Veränderungen in den Verwaltungen und Betrieben. Ohne die Kompetenz der Beschäftigten geht da nichts, sie sind ja die Expertinnen und Experten ihrer Arbeit und wissen, worum es geht. Die Beteiligung der Beschäftigten bei Veränderungen verbessert aber nicht nur die Qualität der Arbeit, sondern führt auch zu mehr Arbeitszufriedenheit und Engagement.
- Grünes Licht für die Arbeit der gewählten Interessenvertretungen der Beschäftigten muss das A und O fortschrittlicher und moderner Senatspolitik sein.

PERSPEKTIVEN DURCH PERSONALENTWICKLUNG oder

Verantwortliche Personalentwicklung als Voraussetzung für qualifizierte Aufgabenwahrnehmung

- Angemessene Personalausstattung, Ausbildung und altersgerechte Arbeit in besonders belastenden Bereichen – dieser Dreierschritt führt direkt zu einer Strategie der Personalentwicklung, die sowohl die Beschäftigten als auch die Bürger und Bürgerinnen im Blick hat. Das gemeinsame Anliegen: Öffentliche Dienstleistungen mit Qualität in den unterschiedlichsten Bereichen von den Verwaltungen über die Kindertagesstätten und Schulen bis zur Polizei, von den Gerichten, der Lebensmittelüberwachung und der Überwachung der Umwelt bis zum Baubereich. Dadurch Schutz von Mensch und Natur vor Gefahren, Sicherung des Sozialstaates, Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig vom Einkommen. So entsteht ein funktionierendes Gemeinwesen, so entsteht Lebensqualität. Wer seit Jahren einen bundesweit

einmaligen Personalabbau betreibt – wie der Senat –, der leistet dem Gemeinwohl, dem Sozialstaat und der Demokratie einen Bärendienst. Deshalb: Wer für den öffentlichen Dienst Flagge zeigt, zeigt Flagge für die Bürgerinnen und Bürger.

- Soll die Zukunft gestaltet und nicht verwaltet werden, braucht es handfeste Personalentwicklung vom Anfang bis zum Ende eines Berufslebens. Das fängt bei der zentralen Ausbildung mit Übernahme an, das geht über Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen durch Neueinstellungen und über zukunftssichere innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung bis zur Altersteilzeit und altersgerechter Arbeit.

ROTSTIFTE LÖSCHEN KEIN FEUER oder Solide Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen statt Privatisierung

- Rotstifte sorgen sich nicht um Kinder, beraten keine Arbeitslosen und löschen keine Feuer. Das tun die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Wer den Öffentlichen Dienst nur durch die betriebswirtschaftliche Brille sieht und die dort Beschäftigten ausschließlich als Kostenfaktor, gefährdet die Vielfalt und Zuverlässigkeit öffentlicher Dienstleistungen und setzt eine Abwärtsspirale der Angebote bewusst in Gang. Auf der Strecke bleibt der einzelne Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, mürbe gemacht durch Personalabbau, Leistungsverdichtung, befristete Arbeitsverhältnisse, Zwangs-Teilzeit oder Ein-Euro-Jobs. Auf der Strecke bleiben auch die Bürgerinnen und Bürger, die sich elementare Rechte auf öffentliche Dienstleistungen bei Privaten „erkaufen“ müssen. Eine soziale und demokratische Gesellschaft mit dem Ziel Chancengleichheit und Teilhabe aller braucht andere Voraussetzungen. Vor allem ausreichend Personal und innere Entwicklungen.
- Die vom Senat über millionenschwere Beratungsaufträge in Gang gesetzte Privatisierungswelle hat bisher vor allem ein Ergebnis: Die Privatisierungen haben ein unüberschaubares Eigenleben entwickelt, das Ziel Kosteneinsparung ist längst aus dem Blickfeld geraten. Ohne Kontrolle und Einfluss des Parlaments machen die privatisierten Bereiche was sie wollen. Mit zum Teil uferlosen Kosten. Nur eine rückhaltlose Überprüfung bisheriger und der Verzicht auf weitere Privatisierungen kann weitere Unzumutbarkeiten verhindern. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Bremens und der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.
- Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes als Sündenbock für die Haushaltsmisere des Stadtstaates auszumachen, ist unlauter und unehrlich. Der Öffentliche Dienst taugt so wenig zum Spielball willkürlicher Kürzungen wie die Privatisierung als finanzieller Rettungsanker. Der Weg zu soliden Finanzen führt nur über ein klares Bekenntnis der Politik zum Öffentlichen Dienst und seinen Aufgaben. Bremen hat kein Ausgabe- sondern ein Einnahmeproblem. Deshalb ist es neben den Anstrengungen für eine gerechtere Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern nötig, vorhandene Einnahmequellen auszuschöpfen, um Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit sicherzustellen und Steuerhinterziehung zu unterbinden. Auch dafür muss ausreichend Personal bereitgestellt werden.